

Mediation statt Rechtsstreit vor Gericht

# Qualität der Vermittlung verlangt adäquate Ausbildung

Die Mediation als Instrument der außergerichtlichen Konfliktregelung soll auch in Luxemburg ihren Platz finden. Der in der Prozedur befindliche Gesetzentwurf stößt allerdings nicht nur auf Zustimmung. Die ALMA („Association luxembourgeoise de la médiation et des médiateurs agréés“) befürchtet eine Verschlechterung gegenüber der aktuellen Situation.

Die ALMA befürchtet, dass unter dem Deckmantel einer EU-Direktive, die in nationales Gesetz übernommen werden soll, die Qualität der außergerichtlichen Vermittlung verschlechtert wird. Zumindest, was den Bereich der Mediation im familiären Bereich angeht, auf den dieses Instrument der Konfliktlösung bislang beschränkt ist. Diese geltende Gesetzgebung sieht eine Mindestausbildung von 150 Stunden

vor. Im neuen Gesetz, mit dem die Mediation als außergerichtliches Instrument der Konfliktlösung auch auf den gewerblichen Bereich ausgedehnt werden soll, ist die minimale Qualifikation nicht mehr oder nur noch teilweise enthalten.

Dass es nicht ganz ohne Qualifikation geht, fiel auch den Mitgliedern der juristischen Kommission offenbar kurz vor der Finalisierung des Textes auf. In der

Sitzung vom 9. Januar wurde ein „Amendement“ nachgeschoben, das festhält, dass ein großherzogliches Reglement die Qualifikation festlegt, die ein „médiateur agréé“ haben muss. Über Reglement soll auch der Entzug des „agrément“ und die Entschädigung des „médiateur judiciaire et administratif“ geregelt werden.

Das klingt irgendwie beruhigend. Aber nur auf den ersten Blick. Der eigentliche Schwach-

punkt des Gesetzentwurfs bleibt die Tatsache, dass es in Zukunft Vermittler mit, aber auch solche ohne „agrément“ geben wird. Und die nicht vom Ministerium anerkannten „médiateurs“ werden sich in einer totalen Grauzone bewegen.

Als einfacher „médiateur“ ohne „agrément“ gilt laut dem geplanten Gesetzentwurf „tout tiers sollicité pour mener une médiation“.